

Yvonne Magwas

- (A) schneller aus einer Teilzeittätigkeit in eine Vollzeittätigkeit zurückzukehren, werden diese Frauen auch zukünftig davon profitieren. Die Einführung der Brückenteilzeit ist somit zugleich auch ein weiterer wichtiger Schritt hin zu einer eigenständigen Alterssicherung von Frauen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich möchte noch den Faktor Zeit anführen. Mit der Einführung der Brückenteilzeit ermöglichen wir auch mehr Zeitsouveränität. Erleichterte Übergänge zwischen Vollzeit und Teilzeit können dazu beitragen, dass die Arbeits- und Familienzeit zwischen Frauen und Männern gleichmäßiger verteilt ist. Also trägt die Brückenteilzeit auch dazu bei, die Gleichstellung von Frauen und Männern zu verbessern.

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass die Wirtschaft diesen Gesetzentwurf kritisch beäugt. Aus diesem Grund haben wir ihn entsprechend ausgestaltet; Kollegin Lezius ist darauf eingegangen: Kleine Betriebe auszunehmen, macht absolut Sinn.

Ich möchte die aus wirtschaftlicher Sicht positiven Aspekte der Brückenteilzeit anführen. Es ist keine Neuigkeit – wir haben es heute öfter gehört –, dass die deutsche Wirtschaft dringend Fachkräfte benötigt. Wir wissen auch, dass sich Arbeitnehmer in Deutschland flexiblere Arbeitszeiten wünschen, oft auch in größerem Umfang. Die Brückenteilzeit wird es den Unternehmen zukünftig erleichtern, das vorhandene Potenzial ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besser zu nutzen. Auch ist sie ein wichtiger Baustein, um gut ausgebildete und hochqualifizierte Mitarbeiterinnen zu gewinnen und langfristig an das Unternehmen zu binden. Die Einführung der Brückenteilzeit kann also auch als eine klassische Win-win-Situation bewertet werden.

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Frau Kollegin, kommen Sie freundlicherwise zum Schluss?

Yvonne Magwas (CDU/CSU):

Jawohl, Herr Präsident. – Auf dem G-20-Gipfel 2014 in Australien haben die Staats- und Regierungschefs ein weltweites Wirtschaftswachstumsziel von jährlich 2 Prozent vereinbart. Sie kamen auch zu der Einsicht, dass dies allein durch eine stärkere Beteiligung von Frauen am Wirtschaftsleben erreicht werden kann. Nutzen wir dieses Potenzial, und lassen Sie uns dieses Gesetzesvorhaben zu einem guten Ende bringen!

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg.
Gabriele Hiller-Ohm [SPD])

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Als nächster und letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt hat der Kollege Stephan Stracke von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Stephan Stracke (CDU/CSU):

(C)

Grüß Gott. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung des Teilzeitrechts bedeutet für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ganz konkrete Verbesserungen im Arbeitsleben. Wir begrüßen diesen Entwurf ausdrücklich.

(Beifall der Abg. Gabriele Hiller-Ohm [SPD])

Wir stehen für eine Arbeitswelt, die Flexibilität und Aufstiegs- und Qualifizierungschancen bietet. Gerade Familien stehen vor besonderen Anforderungen, wenn es um die Organisation der Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht, im Hinblick auf die Kindererziehung, aber auch im Hinblick auf die Pflege von Angehörigen. Familie zuerst, das ist der Anspruch der Union. Dazu zählt, dass der Wechsel von Teilzeit in Vollzeit und umgekehrt für Frauen und Männer einfacher möglich sein muss.

(Beifall der Abg. Gabriele Hiller-Ohm [SPD])

Der vorliegende Entwurf ist ein großer Fortschritt im Vergleich zur letzten Legislaturperiode, als Frau Nahles als Bundesarbeitsministerin in der Sache mit dem Kopf durch die Wand wollte und mit ihrer Vorlage krachend gescheitert ist.

(Gabriele Hiller-Ohm [SPD]: Na, na, na!)

Nun hat die arbeitsmarktpolitische Vernunft gesiegt, weil wir zum einen Rücksicht auf die betrieblichen Möglichkeiten gerade kleinerer Betriebe nehmen und zum anderen das Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an Flexibilität und Sicherheit nicht aus dem Blick verlieren. Wir sorgen für Sicherheit für diejenigen, die vorübergehend ihre Arbeitszeit reduzieren wollen. Wir haben bereits einen Rechtsanspruch für Elternzeit, Pflegezeit, Familienpflegezeit. Diesen Rechtsanspruch erweitern wir nun um die Brückenteilzeit. Dabei nehmen wir gerade Rücksicht auf die arbeitsorganisatorischen Möglichkeiten und Fähigkeit kleinerer mittelständischer Unternehmen. Ein einfaches Umverteilen von Arbeit, so wie häufig behauptet wird, ist dort nämlich nicht möglich. Deswegen müssen wir besonders Rücksicht nehmen. Genau diesen Aspekten tragen wir in dem Maße Rechnung.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ein zweiter Aspekt: Wir erleichtern den Teilzeitbeschäftigten, die mehr arbeiten möchten, die Rückkehr aus Teilzeit. Wir unterstützen diejenigen, die einen Aufstockungswunsch haben. Aber nicht jeder, der Teilzeit arbeitet, befindet sich in einer Sackgasse. Wer von „Teilzeitfalle“ spricht, erweckt häufig den Eindruck, dass ein Großteil der Teilzeitbeschäftigten in Deutschland dies eigentlich ungewollt sei und lieber Vollzeit arbeiten wolle, aber nicht könne.

(Gabriele Hiller-Ohm [SPD]: Ja, davon gibt es viele! – Kerstin Tack [SPD]: 1,8 Millionen!)

Die Gründe für Teilzeit, Frau Kollegin, sind natürlich vielfältig. Bei Frauen spielt vor allem die Betreuung von Kindern oder Pflege eine Rolle. Bei Männern sind es eher Krankheiten und Unfallfolgen.

Stephan Stracke

- (A) Aber wenn bei Frauen beispielsweise die Betreuung von Kindern zunehmend in den Hintergrund rückt, befinden sie sich dann tatsächlich in der Teilzeitfalle, in der Sackgasse, aus der sie nicht mehr herauskommen?

(Gabriele Hiller-Ohm [SPD]: Ja!)

In Bayern nennen 2,6 Prozent der Frauen das Nichtvorhandensein einer Vollzeitstelle als Grund für die Teilzeittätigkeit. Der Hauptgrund, warum sie nicht Vollzeit arbeiten, liege in ganz anderen Dingen, nämlich im persönlichen Bereich, und manche wollten auch nicht Vollzeit tätig sein. Das ist der Hauptgrund.

(Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Herr Kollege, Sie haben das Gesetz aber wirklich noch nicht verstanden!)

Ein ähnliches Bild ergibt sich mit Blick auf Gesamtdeutschland. Dennoch sagen wir: Die meisten Teilzeitbeschäftigten sind nicht in der Teilzeit gefangen, sondern sie wollen Teilzeit arbeiten. Das ist in keiner Weise kritikwürdig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der AfD sowie bei Abgeordneten der FDP – Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Es ist ja kein Wunder, dass Sie sogar Beifall von der AfD bekommen!)

– Ganz ruhig, Frau Kollegin. Ich sage es doch gleich.

Wir unterstützen diejenigen, die einen Aufstockungswunsch haben, diesen aber nicht hinreichend realisieren können. Das ist arbeitsmarktpolitisch und gesellschaftspolitisch vernünftig. Genau deswegen legen wir einen

(B) Gesetzentwurf mit dem Rechtsanspruch auf Brückenteilzeit vor, mit den Möglichkeiten der Beweislastumkehr, wenn es darum geht, von Teilzeit wieder aufzustocken. Darüber müssen wir jetzt diskutieren.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Heftig diskutieren!)

In diesem Sinne freue ich mich auf die Gespräche innerhalb der Koalition und natürlich in diesem Hohen Haus.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Stracke. – Damit schließe ich die Aussprache.

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 19/3452 und 19/4525 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Ich höre und sehe keinen Widerspruch. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 25 a und 25 b auf:

- a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Jörg Cezanne, Fabio De Masi, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Zehn Jahre nach der Pleite der Investmentbank Lehman Brothers – Finanzkrisen durch

strikte Regulierung und Umverteilung verhindern (C)

Drucksache 19/4241

Überweisungsvorschlag:
Finanzausschuss (f)
Ausschuss für Arbeit und Soziales

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Gerhard Schick, Anja Hajduk, Dr. Danyal Bayaz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Finanzwende anpacken – Den nächsten Crash verhindern

Drucksache 19/4052

Überweisungsvorschlag:
Finanzausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 60 Minuten vorgesehen. – Ich höre hierzu keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile zunächst für die Fraktion Die Linke dem Kollegen Jörg Cezanne das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Jörg Cezanne (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zehn Jahre nach dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers am 15. September 2008 und der dadurch ausgelösten internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise ist das internationale Finanzsystem von Stabilität immer noch weit entfernt. Bei allen Fortschritten der Regulierung im Einzelnen blieben die Maßnahmen insgesamt halbherzig, ihre Umsetzung wurde verwässert, oder sie sind gänzlich gescheitert. Auf dem Höhepunkt der Finanzkrise im Jahr 2008 hatten die führenden Industrie- und Schwellenländer in der Gruppe der G 20 beschlossen, dass kein Finanzplatz, kein Finanzprodukt und kein Finanzakteur unreguliert bleiben sollte.

(D)

Heute dürfen neue Finanzinstrumente weiterhin ohne vorherige Risikoprüfung in Umlauf gebracht werden. Nach Angaben der BaFin wurden in Deutschland allein im Jahr 2016 3,2 Millionen neue Finanzprodukte auf den Markt gebracht. Das kann nicht so bleiben.

(Beifall bei der LINKEN)

Heute hat die größte Schattenbank der Welt, der Vermögensverwalter BlackRock, das verwaltete Vermögen seit der Krise auf insgesamt 6 300 Milliarden US-Dollar fast verfünffacht, und das weitgehend außerhalb jeglicher Bankenregulierung. Das ist gefährlich und muss eingeschränkt werden.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Heute ist der Bestand der außerbörslichen Derivate – also der Kern des Finanzmarktkasinos: Spekulationen auf die Entwicklung von Zinsen, Währungen, Aktienkursen oder Kreditausfällen – laut Bank für Internationalen Zah-